

An den **Oberbürgermeister**
Stadt Coburg
Herrn Norbert Tessmer
Markt 1
96450 Coburg

Coburg, den 20.7.2015

Antrag zur Stadtratssitzung am 24. September 2015 des Coburger Stadtratsmitglieds der ÖDP

Betrifft: Jahresabschluss 2013: Rückstellungsbildung für Bahn-Planungskosten des BÜ-Creidlitz

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

hiermit beantrage ich den folgenden Beschluss des Stadtrates:

Die Verwaltung wird beauftragt, für die anteiligen Planungskosten der Bahn eine Rückstellung in doppelter Höhe, der bei uns bis zum Haushaltsjahr 2011 insgesamt genehmigten Planungskosten zu bilden, bzw. in der jetzt bekannten neuen Größenordnung.

Begründung:

Aufgrund meines Antrags vom 10.4.2015 zur evtl. Übernahme der Planungskosten der Bahn bei Abbruch unserer weiteren Planungen für den Bahnübergang Creidlitz wurde der Finanzsenat in seiner Sitzung vom 16.7.2015 öffentlich umfassend über die Notwendigkeiten von Rückstellungsbildungen informiert. Aus den Ausführungen ergibt sich u.a., dass die Verwaltung am 26.9.2011/28.11.2011 eine Planungsvereinbarung mit der DB Netz AG geschlossen hat.

Aufgrund der Planungsvereinbarung (§5 Abs.4) würden wir bei einem Abbruch der Planungen die bis dahin bei der Bahn angefallenen bzw. durch verbindliche Auftragserteilung noch anfallenden Planungskosten erstatten müssen, welche sich auf das Doppelte unserer eigenen Planungskosten belaufen könnten.

Bei der Entscheidung des Stadtrates über den Abschluss dieser auf den 26.9.2013 datierten Planungsvereinbarung mit der Bahn wurde diese etwaige Forderung der Bahn bei Abbruch weder erwähnt noch der Höhe nach beziffert. Insofern ist dieser Beschluss wegen falscher bzw. fehlender Angaben vermutlich rechtswidrig und die Planungsvereinbarung insgesamt nichtig. In jedem Fall ist es jetzt zwingend erforderlich, wo wir über Kämmerei und Rechnungsprüfung genauestens über die Verfahrensweise bei der Rückstellungsbildung belehrt wurden, diese etwaige Bahnforderung vorsorglich als Rückstellung noch im Jahresabschluss 2013 zu bilden, der noch nicht festgestellt ist und den Finanzbedarf ggf. durch einen Nachtragshaushalt für 2013 noch decken.

Die damals angenommenen Kosten der Baumaßnahme und die daraus abzuleitenden Planungskosten sind inzwischen dramatisch angestiegen, wie wir durch einem Sachvortrag der Verwaltung in der SR-Sitzung vom 26.3.2015 erfahren mussten und sie können auch noch, wie angedeutet, deutlich weiter steigen. Da sollten verantwortungsbewusste Stadträtinnen und Stadträte sich über ein Ausstiegsszenario Gedanken machen dürfen, zumal die Maßnahme bei vielen Bürgerinnen und Bürgern sehr umstritten ist.

Mit freundlichen Grüßen
Gez. Dr.-Ing. Klaus Klumpers